

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 26. September 2021

Endgültiges Ergebnis

Viola Neu

- › Das Wahlergebnis wird in erster Linie von den starken Gewinnen der SPD sowie dem Wiedereinzug der Grünen und der FDP in das Parlament geprägt. Die Parteien der politischen Ränder im Parlament, AfD und Linke, sowie der außerparlamentarischen NPD gehen geschwächt aus der Wahl hervor.
- › Der Amtsbonus der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hat entscheidenden Einfluss auf die Gewinne der SPD. Für Landtagswahlen ist der Amtsbonus mittlerweile der wichtigste einzelne Erklärungsfaktor für den Ausgang einer Landtagswahl.
- › Wie auch bei anderen Wahlen in diesem Jahr, hat die mediale Präsenz der Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber infolge der Corona-Krise die Aufmerksamkeit gegenüber den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten nochmals verstärkt, vor allem da das Handeln der Landesregierungen den Alltag der Menschen in der Krise unmittelbar und umfassend prägte.
- › Vollständige Regierungswechsel, bei der sich nicht nur die Koalitionspartner ändern, sind bei Landtagswahlen die Ausnahme.

Inhaltsverzeichnis

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2021	3
1. Das Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern	3
2. Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung	4
3. Sozialstruktur und Wählerwanderung	5
Impressum	8
Die Autorin.....	8

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2021

1. Das Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern

Die Wahlbeteiligung steigt um 8,9 Punkte auf 70,8 Prozent. Da Landtags- und Bundestagswahl am gleichen Tag stattfanden, dürfte dies zur höheren Mobilisierung beigetragen haben.

Die SPD erhält bei dieser Wahl 3 Überhangmandate, wodurch weitere 5 Ausgleichsmandate hinzukommen. Hierdurch werden im Landtag 79 Abgeordnete sitzen. Die CDU erhält 2 Ausgleichsmandate, die AfD, die Linke und die FDP jeweils 1.

Die **SPD** kommt auf 39,6 Prozent der Stimmen. Dies entspricht einem Zuwachs von 9 Punkten und ihrem zweitbesten Ergebnis. Sie gewinnt von 36 Wahlkreisen 34 direkt. Da sie 3 Überhangmandate erzielt, werden keine Mandate über die Liste vergeben. Alle 34 Sitze sind Direktmandate. Insgesamt erhält sie 8 Mandate mehr als bei der Vorwahl.

Die **AFD** wird in Mecklenburg-Vorpommern trotz Verlusten von 4,1 Punkten mit 16,7 Prozent zweitstärkste Partei. Von 14 (-4) Mandaten gewinnt sie eines direkt (Mecklenburgische Seenplatte I - Vorpommern-Greifswald I).

Die **CDU** verliert 5,7 Punkte und wird von 13,3 Prozent der Wählerinnen und Wähler unterstützt. Das ist das schlechteste Wahlergebnis, das sie je in Mecklenburg-Vorpommern erhielt. Von ihren 12 Mandaten (-4) ist ein Mandat direkt gewonnen (Vorpommern-Rügen II - Stralsund III).

Die **Linke** verliert 3,2 Punkte und erhält 9,9 Prozent der Wählerstimmen. Alle 9 (-2) Mandate ziehen über die Liste ein. Dies ist das schlechteste Ergebnis der Partei bei einer Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern.

Die **Grünen** ziehen mit 6,3 Prozent wieder in den Landtag ein. Damit gelingt ihnen insgesamt zum zweiten Mal der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Sie gewinnen 1,5 Punkte hinzu und können 5 Abgeordnete in den Landtag entsenden.

Die **FDP** zieht mit 5,8 Prozent zum dritten Mal in der Wahlgeschichte des Landes in das Parlament. Sie gewinnt 2,8 Punkte hinzu und wird von 5 Abgeordneten repräsentiert werden.

Von den sonstigen Parteien verliert die NPD 2,2 Punkte und kommt wie die Partei DIE PARTEI auf 0,8 Prozent der Zweitstimmen. Jeweils 1,7 Prozent erzielen die Tierschutzpartei und die Partei die Basis. Die Partei FREIE WÄHLER erhält 1,1 Prozent der Zweitstimmen.

Der **bundespolitische Einfluss** bei dieser Bundestagswahl wirkt sich auf das Abschneiden der CDU und der SPD bei der Bundestagswahl besonders stark aus. Die CDU hat mit 15,7 Punkten Verlusten gegenüber der letzten Bundestagswahl die stärksten Einbußen der CDU in einem Bundesland zu verzeichnen. Insgesamt hat sie 17,4 Prozent der Stimmen gewonnen. Die SPD gewinnt 14 Punkte hinzu. Das ist der größte Zuwachs in einem Bundesland. Sie erreicht 29,1 Prozent der Zweitstimmen.

2. Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung¹

Das Wahlergebnis wird in erster Linie von den starken Gewinnen der SPD sowie dem Wiedereinzug der Grünen und der FDP in das Parlament geprägt. Die Parteien der politischen Ränder im Parlament, AfD und Linke, sowie der außerparlamentarischen NPD gehen geschwächt aus der Wahl hervor. Die Bedeutung der Amtsinhaberin für das Abschneiden der SPD ist wie bei anderen Landtagswahlen ebenfalls ein Trend, der sich in den letzten Jahren bei fast allen Landtagswahlen gezeigt hat. Vollständige Regierungswechsel, bei der nicht nur die Koalitionspartner sich ändern, sind bei Landtagswahlen die Ausnahme. Seit 2017 erfolgte ein vollständiger Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. In allen anderen Fällen konnten die jeweiligen Amtsinhaber weiter das Ministerpräsidentenamt ausüben.

Die starke Wirkung des Amtsbonus findet seinen Niederschlag in allen Bewertungen der Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der Parteien. So sagen 81 Prozent, dass Manuela Schwesig² ihre Sache gut machen würde. Dies entspricht etwa den Werten, wie sie Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg, Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz und Reiner Haseloff in Sachsen-Anhalt bei den Landtagswahlen in 2021 erhielten (Forschungsgruppe Wahlen). Gemeinsames Merkmal dieser Wahlen ist, dass die jeweiligen Parteien deutlich über 30 Prozent der Zweitstimmen erhielten. Dies macht deutlich, dass der so oft zitierte Niedergang der Volksparteien nicht zwangsläufig ist.

Alle Einstellungen zu den Kandidatinnen und Kandidaten werden von dieser Bewertung geprägt. So bevorzugen 68 Prozent der Wahlberechtigten Schwesig als Ministerpräsidentin und auch bei der Bewertung von Eigenschaften wie Sympathie, Glaubwürdigkeit und Sachverstand werden ihr von ca. der Hälfte der Wahlberechtigten diese Eigenschaften zugestanden, die Mitbewerber erhalten hier einstellige Werte (Forschungsgruppe Wahlen; Infratest dimap).

Wie auch bei anderen Wahlen in diesem Jahr hat die mediale Präsenz der Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber in Folge der Corona-Krise die Aufmerksamkeit gegenüber den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten nochmals verstärkt, vor allem da das Handeln der Landesregierungen den Alltag der Menschen in der Krise unmittelbar und umfassend prägte. Kommunikativ war es daher für alle Parteien schwierig, gegen diese dominante Position eigene Inhalte und Kandidaten bekannt zu machen. Dabei ist es unabhängig, ob eine Partei Teil der Regierung ist oder sich in der parlamentarischen Opposition befindet.

Dem Herausforderer der CDU, Landrat Michael Sack, fehlte so eine landespolitische Bühne, um seine Bekanntheit zu steigern. Dabei kann er – wie alle anderen Kandidatinnen und Kandidaten – in den unterschiedlichen Bewertungen nicht zu Schwesig aufschließen.

In der Bewertung der Partei und in der Bewertung der CDU als Regierungspartei schneidet die CDU im Vergleich zur Vorwahl schlechter ab, während die SPD ihre Werte verbessern kann. Auf einer von +5 bis -5 reichenden Skala kommt die CDU auf 0,7 (2016 lag der Wert bei 0,9). Auch die Bewertung der Regierungsarbeit fällt geringfügig schlechter aus als bei der Vorwahl (2021: 0,9; 2016: 1,1). Die SPD kann ihre Werte leicht verbessern. In der Bewertung der Partei kommt sie von 2,1 auf 2,4 und bei der Beurteilung der Regierungsarbeit von 1,8 auf 2,1 (Forschungsgruppe Wahlen). Mit der Landesregierung zeigen sich vor der Wahl 64 Prozent gegenüber 61 Prozent 2016 zufrieden (Infratest dimap).

Bei den derzeit wahrscheinlichen Koalitionsoptionen finden 41 Prozent eine Koalition von SPD und CDU gut, 36 Prozent eine Koalition aus SPD und Linke und 21 Prozent eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP (Forschungsgruppe Wahlen).

In Mecklenburg-Vorpommern prägen andere Themen die Landespolitik als auf der Bundesebene. Fragen des Klimaschutzes spielen keine Rolle. Eine mögliche Erklärung hierfür ist die Zustimmung von 63 Prozent der Wahlberechtigten, dass es in Mecklenburg-Vorpommern viel wichtigere Themen als den Klimawandel gebe (Forschungsgruppe Wahlen).

Das wichtigste landespolitische Thema ist die Infrastruktur (24 Prozent der Nennungen; 2016 nannten nur 7 Prozent das Thema). Danach folgt das Thema Arbeitslosigkeit mit 20 Prozent, das vom Spitzenplatz der Landtagswahl 2016 mit 37 Prozent damit schwächer bewertet wird. Das Thema Infrastruktur wird dabei eher negativ gesehen. So sagen 80 Prozent der Wahlberechtigten, dass die Landesregierung für den Ausbau der Infrastruktur (Internet, ÖPNV, Ärzte, Läden) in ländlichen Gegenden zu wenig getan hätte (Forschungsgruppe Wahlen). Beim wichtigsten Thema Infrastruktur halten 33 Prozent die SPD und 15 Prozent die CDU für kompetent, das Problem zu lösen. Insgesamt wird die sogenannte Zukunftskompetenz vor allem bei der SPD verortet. 41 Prozent glauben, dass die SPD in der Lage wäre, zukünftige Probleme zu lösen; 14 Prozent sehen diese Kompetenz bei der CDU (Forschungsgruppe Wahlen).

Bei den Parteikompetenzen unterschiedlicher Politikfelder fällt vor allem die Stabilität der Werte der SPD im Vergleich zu 2016 auf. Die CDU muss in einigen Bereichen hingegen Kompetenzeinbußen hinnehmen, allerdings war die Kompetenzzuschreibung bereits 2016 eher schwach. So verliert sie im Themenfeld Wirtschaft 7 Punkte und kommt auf 29 Prozent. Auch im Bereich der Arbeitsplätze sinkt ihre Kompetenzbewertung von 30 auf 21 Prozent. Bei der Linken sinkt die Kompetenzzuschreibung im Bereich der Sozialen Gerechtigkeit von 25 Prozent auf 20 Prozent. Am ehesten wird ihr die Vertretung der ostdeutschen Interessen zugetraut (25 Prozent). Auffällig ist, dass den Grünen im Bereich von Klima/Umwelt nur von 32 Prozent der Wahlberechtigten attestiert wird, kompetent zu sein, was für die Grünen ein vergleichsweise schwacher Wert ist. Der AfD wird von 19 Prozent eine Lösungskompetenz beim Thema Flucht/Asyl zugesprochen. Auch in den Feldern der Ostdeutschen Interessenvertretung (14 Prozent) und der Sozialen Gerechtigkeit (12 Prozent) erhält sie Nennungen (Infratest dimap).

Abgesehen von den Veränderungen bei den wichtigsten politischen Problemen, bleiben andere Aspekte des Meinungsklimas gegenüber 2016 im Großen und Ganzen stabil. 47 Prozent (2016: 49 Prozent) sehen das Land gut auf die Zukunft vorbereitet, 16 Prozent (2016: 25 Prozent) beurteilen die Wirtschaftslage als gut und 19 Prozent (2016: 17 Prozent) sind der Ansicht, dass es dem Land im Vergleich zu anderen ostdeutschen Bundesländern besser gehe (Forschungsgruppe Wahlen).

Da die Gaspipeline von Gazprom in Mecklenburg-Vorpommern enden soll, spielt diese Frage in dem Bundesland eine Rolle. Nur 16 Prozent der Wahlberechtigten fänden es gut, wenn die russische Erdgasleitung „Nordstream“ nicht ans Netz gehen würde. 74 Prozent der Wahlberechtigten sind für eine Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro, darunter 94 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der Linken (Infratest dimap).

3. Sozialstruktur und Wählerwanderung³

Die **SPD** kann aus allen politischen Lagern Stimmen hinzugewinnen. Am stärksten profitiert sie von ehemaligen Wählerinnen und Wählern der CDU (+29.000). Weitere 14.000 Stimmen kommen von der Linken und 12.000 ehemalige AfD-Wählerinnen und Wähler entscheiden sich zugunsten

der Sozialdemokraten. 58.000 ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler entscheiden sich für die SPD. Bewegungen zwischen der FDP, den Grünen und der SPD spielen keine Rolle für das Abschneiden der SPD.

Während die SPD in den jüngeren Altersgruppen kaum reüssieren kann, verdankt sie ihren Wahlsieg vor allem älteren Wählerinnen und Wählern und dort vor allem den Frauen. Bei über 60-jährigen Frauen unterstützt deutlich mehr als die Hälfte die Sozialdemokraten. Bei Arbeiterinnen und Arbeitern und Landwirtinnen und Landwirten gewinnt die SPD ebenfalls überdurchschnittlich.

Die **AfD** verliert mit großem Abstand die meisten Stimmen an die Sozialdemokraten (-12.000). Weitere 5.000 ehemalige AfD-Wählerinnen und -Wähler entscheiden sich bei dieser Wahl für die FDP. Auch die AfD profitiert von der gestiegenen Wahlbeteiligung. 17.000 ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler unterstützen die Partei.

Die Verluste der AfD verteilen sich verhältnismäßig homogen über alle Wählergruppen. Lediglich bei den älteren Wählerinnen und Wählern sowie bei Arbeitern sind die Verluste überdurchschnittlich.

29.000 ehemalige **CDU**-Wählerinnen und Wähler entscheiden sich bei dieser Wahl für die SPD. 5.000 Stimmen gehen an die Liberalen und 3.000 früher Unterstützer entscheiden sich für die Grünen. Durch die gestiegene Wahlbeteiligung erhält die CDU aus dem Nichtwählerlager 17.000 Stimmen.

In den jüngeren Wählergruppen, bei Beamtinnen und Beamten sowie Angestellten verliert die CDU leicht überdurchschnittlich.

Die **Linke** gibt in erster Linie Stimmen an die SPD ab (-14.000). Geringfügig kann sie von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren (+4.000). Alle anderen Parteiwechsel fallen nicht ins Gewicht.

Die Linke verliert vor allem in den älteren Wählergruppen an Unterstützung.

Die **Grünen** werden von 3.000 ehemaligen CDU-Wählerinnen und -Wählern gewählt. Weitere 5.000 Stimmen kommen aus dem Nichtwählerlager hinzu. Alle anderen Wechselaktivitäten sind unerheblich.

Die Grünen gewinnen leicht überdurchschnittlich in den jüngeren Wählergruppen hinzu, sind dort aber weniger stark als in anderen Ländern, da sie mit AfD und FDP bei jüngeren Wählerinnen und Wählern in Konkurrenz stehen.

Die **FDP** hat den stärksten Zustrom aus dem Nichtwählerlager. Von dort erhält sie 8.000 Stimmen. Jeweils 5.000 Stimmen mobilisiert sie von ehemaligen CDU- und AfD-Wählerinnen und -Wählern.

Die FDP hat einen überdurchschnittlichen Zuwachs bei jüngeren Wählerinnen und Wählern und bei Selbstständigen.

¹ Quellen: Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap.

² Manuela Schwesig folgte im Juli 2017 auf Erwin Sellering, der krankheitsbedingt sein Amt niederlegte.

³ Die Daten der Wählerwanderung beziehen sich ausschließlich auf Daten von Infratest dimap. Aufgrund von Abweichungen in den Ergebnissen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen werden nur vergleichbare Ergebnisse berichtet. Daten zum konfessionellen Wahlverhalten liegen nicht vor.

Impressum

Die Autorin

Dr. Viola Neu ist stellvertretende Leiterin von Analyse und Beratung und leitet die Wahl- und Sozialforschung in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Viola Neu

Stellvertretende Leiterin Analyse und Beratung
Leiterin Wahl- und Sozialforschung

T +49 30 / 26 996-3506

viola.neu@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2021, Berlin
Gestaltung: yellow too Pasiak Horntrich GbR

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).